



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

linie für sich selbst oder eine allgemeine Umgestaltung der Grenzbezirkseinrichtung im deutschen Zollverein erreichen kann.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, 30. September.

Der unglückliche Einfluß des Jahres 1866 auf die „freiheitliche Entwicklung“ Deutschlands ist ein vielbeliebtes Schlagwort unserer radicalen Parteien. Richtig verstanden hat dasselbe eine gewisse Wahrheit, nur sitzen die Hemmungen der Freiheit nicht da, wo die verbündeten Legitimisten, verschämten und offenen Republikaner sie suchen. Der Alp, der auf der Brust unseres öffentlichen Lebens liegt und alle Bestrebungen zu Gunsten eines freiheitlichen Ausbaus im norddeutschen Bundesgebäude lähmt, ist die auswärtige Politik, der prekäre Zustand, in welchem der preußisch-deutsche Staat sich dem Auslande gegenüber befindet. Wir sind in die Reihe der großen Staaten Europas getreten, aber wir haben unter ihnen noch nicht Platz genommen und müssen die Hand am Degen halten, um unsere Position zu behaupten und zu consolidiren. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre jeder andere Staat, dem ein plötzlicher Machtzuwachs zu Theil geworden, in derselben Lage. Weil Preußen sich selbst geholfen und ohne schützenden Patron aus der Lage zwischen Thür und Angel herausgekommen, hat es alle continentalen Großmächte (Italien zählt unter diesen nicht) zu offenen oder geheimen Gegnern — für alle sind die Ereignisse von 1866 unerwartet und schon darum unerwünscht gekommen. Hier murren die Völker, dort die Regierungen darüber, daß die letzte der europäischen Großmächte zur ersten geworden ist und nur dem Umstande, daß die im Occident gleichartigen Interessen unserer Nachbarn sich im Orient kreuzen, haben wir es zu danken, wenn wir nicht all' unsere starken Nachbarn zu Feinden haben. Dazu kommt, daß die Mehrzahl europäischer Mittelstaaten von der Furcht der Großen vor dem preußisch-deutschen Staat mit angesteckt ist und von einer Gefährdung ihrer Interessen fabelt, der jede thatsächliche Begründung fehlt: der skandinavische Norden hat die Sache Dänemarks wenigstens moralisch zu der seinigen gemacht, die Länder an der Rheinmündung fürchten zum Compensationsobject bei einer möglichen französisch-preußischen Auseinandersetzung zu werden, Italien und Spanien, denen ein Gegengewicht gegen den französischen Supremat nur zum Vortheil gereichen kann, sind von inneren Schwierigkeiten geknebelt und die Türkei zählt in der europäischen Politik schon seit lange nur noch als Amboß mit.

Daß eine Concentration auf die inneren Fragen und eine Parteibildung nach der Stellung zu diesen angefehlt einer so schwierigen auswärtigen Lage unmöglich ist, hat sich in den letzten Wochen mit besonderer Deutlichkeit gezeigt. Wären wir nicht durch eine unglückliche Vergangenheit daran gewöhnt, die Frage nach der äußeren Stellung und der Würde unseres Staates regelmäßig außer Augen zu setzen und, sobald es sich um die Durchführung unserer speciellen Parteimeinungen handelt, taub und blind dafür zu sein, ob der innere Hader unseren Feinden zu Gute kommt oder nicht — wir würden es für selbstverständlich halten, daß die innere Entwicklung in einer Zeit, die täglich zu einem auswärtigen Kriege führen kann, alle Augenblicke ins Stocken geräth. Kriege werden bekanntlich mit Geld und mit Soldaten geführt, für diese zu sorgen ist die erste Pflicht und zwar eine Pflicht, bei deren Erfüllung nicht erst gefragt werden kann, ob und wie sie mit anderen Pflichten zu vereinigen ist. Preußen hat es nicht verschuldet, daß die europäischen Völker sich so vollständig daran gewöhnt hatten, das deutsche Volk als unmündiges Kind anzusehen, daß ihnen die gewichtige Stimme, in deren Gebrauch wir uns 1866 gesetzt haben, wie eine freche Provocation, die deutsche Machtstellung wie eine Anmaßung erscheint. Uns bleibt nichts übrig, als des großen Friedrich's Mahnung: „Toujours en vedette“ zum Wahlspruch zu nehmen, bis wir zu den legitimen großen Nationen gezählt werden und unsere Großmachtstellung außer Frage steht.

So ereignißvoll der Septembermonat des Jahres 1868 für die auswärtige Politik gewesen, so wenig kommt er für das innere deutsche Leben in Betracht. Von den Beziehungen des deutschen Nordens zu den Staaten südlich vom Main ist seit dem Schluß des Zollparlaments nicht mehr die Rede. Der Pessimismus, mit welchem wir am Ausgang dieser Versammlung behaupteten, sie habe bewiesen, daß wir von den stolzen Hoffnungen der Jahre 1866 und 1867 so weit zurückgeworfen seien, daß uns selbst der Maßstab für unsere innere Lage abhanden gekommen sei — er hat leider Recht behalten. Die süddeutsche Frage ist von der nationalen Tagesordnung so vollständig verschwunden, als hätte sie niemals auf derselben gestanden, die Kluft zwischen Norden und Süden ist so breit und so tief geworden, daß Frankreich, wenn es den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund als einen casus belli bezeichnet, damit eine Friedensgarantie zu bieten glaubt. Die Gedanken an eine Annäherung der süddeutschen Länder an den Norden sind so vollständig außer Kurs gesetzt, daß selbst die Tagespresse von denselben nicht mehr redet, sich kaum die Mühe gibt, die Bedeutung der gegenwärtig tagenden süddeutschen Militärcommission näherer Erwägung zu unterziehen. Und dieses Verhältniß ist wesentlich das Product der inneren Lage und hat zunächst noch nichts mit den Schwierigkeiten zu thun, welche Preußen französ-

fischerseits im Fall einer Ueberschreitung der Mainlinie bereitet würden. Im Norden steht die Sache so, daß die wärmsten Freunde der nationalen Sache am wenigsten geneigt sind, die Heranziehung des Südens zu beschleunigen. Die Mängel und Schwierigkeiten, welche die Reorganisation der Verwaltung in den neuen Provinzen begleitet haben, die tausend Inconvenienzen, zu denen der Mangel sachmäßig geordneter Bundesministerien in den Preußen verbündeten Kleinstaaten Veranlassung gegeben hat, sobald es sich um consequente Durchführung von Bundesbeschlüssen handelte, haben denen, welche einen tieferen Einblick in die Verhältnisse gethan, allen Muth benommen, den Pflichtenkreis für die nationale Arbeit zu erweitern. Man fragt sich nicht nur, wo die Kräfte herkommen sollen, die Reorganisationsarbeit zu übernehmen, man fragt zugleich, wie auf wirkliches Verständniß und tactvolle Behandlung süddeutscher Eigenthümlichkeit gerechnet werden könne, wo selbst das Organ für eine richtige Behandlung der Altpreußen wesentlich näher verwandten neuen Provinzen zu fehlen scheint. Die Pfsuch- und Flickarbeit der Provisorien, welche als Nothbrücken zwischen den neuerworbenen Ländern und der Centralverwaltung dienen sollen, hat nirgend Glück gemacht, weder in den alten noch in den neuen Landestheilen, und das allgemeine Mißtrauen, mit welchem man den Culenburg'schen Vorschlägen für Neugestaltung der Provinzial- und Kreisverfassung und der Selbstverwaltung entgegenfieht, läßt dennoch fürchten, daß die Feststellung mit der Volksvertretung vereinbarter Definitiva noch lange auf sich warten lassen wird.

Dazu kommt endlich eine ministerielle Praxis, die selbst den an „obrigkeitliche“ Bevormundungen reichlich gewöhnten ehemaligen Kleinstaatlern unerträglich dünkt und alles Behagen an den neuen Verhältnissen gleichsam in der Geburt erstickt. Die Tactlosigkeit, mit welcher die Mehrzahl der berliner Centralstellen die Communalverhältnisse in den neuen Provinzen, Anstellung neuer Lehrer und Beamten u. s. w. behandelt, erscheint um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, als jeder politische Schulknabe weiß und wissen muß, daß die große politisch indifferente oder leicht bestimmbare Masse der Bevölkerung sich allenthalben nach diesen Dingen ihr Urtheil über den Staat und dessen Lenker bildet. Die berliner Officiösen haben die Sache so dargestellt, als werde seitens der nationalen Partei systematisch und lediglich aus Parteirücksichten gegen die Minister des Innern und des Cultus geschürt. Ist man an maßgebender Stelle wirklich schlecht genug unterrichtet, um nicht zu wissen, daß die nationale Partei die Situation genugsam überschaut, um mit den vorhandenen Größen zu rechnen, soweit das überhaupt möglich ist? Weiß man wirklich nicht, daß die nationale, d. h. preußische Partei durch Geschichten wie die Kreyssig'sche um die Möglichkeit einer gedeihlichen Wirksamkeit in den neuen Provinzen gebracht wird und daß die

wesentliche Quelle der Unzufriedenheit dieser Partei aus dem Unmuth darüber herrührt, daß dieselbe die preußische Regierung gegen das eigene Fleisch wüthen sieht? Welche sind denn die Factoren, auf die das Ministerium sich stützen will, wenn die nationalen Führer in Hannover, Hessen und Nassau um ihren Einfluß gebracht werden? Haben die Herren v. Mühlner und v. Gulenburg in den annectirten Provinzen etwa bessere Freunde der preußischen Sache aufzuweisen, als die Benningssen, Miquel oder Braun? Wo sind die Ministeriellen quand même zu finden, die man diesen Männern bei dennächsten Wahlen entgegenzustellen gedenkt?

So lange auswärtige Gefahren immer wieder die Fäden der inneren Entwicklung zerschneiden und Wechselfälle im Tuileriencabinet und in den pariser Zeitungs-bureaus darüber entscheiden, welche innere Politik in Deutschland getrieben werden kann, dürfen wir auf diese Fragen schwerlich Antwort erwarten. Die Unberechenbarkeit der in Paris jeweilig herrschenden Stimmungen und Tendenzen springt immer wieder zwischen Frage und Antwort störend ein, und wir wissen aus einer langen Reihe von Erfahrungen, daß die Männer, welche Preußens innere Politik machen, zum Dienst der wahren Interessen des Staats gezwungen werden müssen und von jeder Gelegenheit, sich diesem Zwang zu entziehen, den weitesten Gebrauch machen! Die stete Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch pariser Alarmnachrichten gibt ihnen immer wieder freie Hand und ein Ende derselben ist auch gegenwärtig schlechterdings nicht abzusehen.

Die neueste Phase der französischen Kriegsmanifestationen ist von ihren Vorgängerinnen dadurch wesentlich verschieden gewesen, daß selbst der Schein eines wirklichen Kriegsvorwandes gefehlt hat. Gerade der Mangel eines solchen war es, der die Börsen ängstigte: „Geschieht das am grünen Holz gänzlicher Abwesenheit von Differenzpunkten“ — so calculirte man nicht unrichtig — „was ist dann nicht zu fürchten, wenn die Interessen auch nur scheinbar auf einander plazen?“ Eine Sprache wie die Girardin's und der beiden Casagnac war nur erklärlich, wenn hinter diesen Regierungsmänner standen, welche die Vollmacht hatten, einen plötzlichen Bruch vorzubereiten. Das Uebergewicht der sog. spanischen Partei am Tuilerienhof, das sich in der Abweisung der italienischen Forderungen und der Aufnahme des Grafen von Girgenti documentirte, ließ darauf schließen, daß an Beruhigung der Gemüther durch freihetliche Concessionen nicht zu denken sei und der wesentlich gouvernementale Ausfall der Wahlen unterstützte diese Annahme wenigstens indirect. An die Alternative Krieg oder Freiheit hatte man sich längst gewöhnt — war der Würfel jetzt geworfen? Das vieldeutige Wort, das der Kaiser zu Chalons gesprochen und das nicht eben beruhigend klang, ließ sich in diesem Sinne deuten. Gleichzeitig schlug die Sprache der wiener Pressorgane

eine veränderte Tonart an, und die Pessimisten hatten leichtes Spiel, wenn sie diese einzelnen Thatsachen in Zusammenhang brachten und zu Ungunsten der Aufrechterhaltung des Friedens deuteten.

Für uns Deutsche ist dieser Zeitpunkt allgemeiner Gespanntheit der Gemüther und Verhältnisse mit einem Ereigniß zusammengefallen, das von der Eider bis zu den Alpen mit Selbstgefühl begrüßt worden ist: mit der Rede des Königs in Kiel. Auf die unerwartet günstige Aufnahme, welche der greise Fürst an der Nordgrenze seines Staats gefunden, konnte keine bessere Antwort ertheilt werden, als der Hinweis auf diejenige Frucht des Jahres 1866, in deren freudiger Anerkennung Alle einig sind, welche auf den Namen von Patrioten Anspruch machen: die Berufung darauf, daß es keine Gefahr gebe, der das neue Deutschland nicht stolz und ruhig ins Auge sehen könne. Gerade in Schleswig-Holstein, wo der Verzicht auf die Realisirung in das Volksbewußtsein übergegangener Lieblingshoffnungen besonders tief eingeschnitten hatte, weil die Erfahrung von der Unhaltbarkeit der ersehnten klein-staatlichen Existenz fehlte, hat das Bewußtsein, daß durch die gebrachten Opfer mindestens ein Resultat, die Machtstellung des Vaterlandes erreicht worden ist, eine wichtige Mission. — Die Art und Weise, wie das königliche Wort in Paris interpretirt worden, beweist, daß es auch in Beziehung auf das Ausland zur rechten Zeit und in der richtigen Tonart gesprochen worden ist. Es gab beiden um die öffentliche Meinung Frankreichs streitenden Parteien die gebührende Antwort und die famose Ministerialerklärung, welche Rouher der Börse über seine Auffassung der Kieler Rede mittheilen ließ, führte zum Ueberfluß den Beweis, daß man auch in dem Vaterlande hochmüthigen Selbstgefühls Regungen der Furcht nicht ganz unzugänglich sei. Es ließe sich schwerlich nachweisen, daß jemals früher ein von einem deutschen Fürsten gesprochenes Wort so nachhaltigen Eindruck in der französischen Hauptstadt gemacht und einer beruhigenden Interpretation durch die Staatsleiter hervorgezogen hätte!

Ein günstiges Geschick hat gewollt, daß der Höhepunkt der französischen Kriegsdrohungen zugleich der Augenblick ihres Verstummens gewesen ist. Der plötzliche Ausbruch der spanischen Revolution hat die preussischerseits angeordnete Zurückstellung von Rekruten und Entlassung eines Theils der waffenfähigen Mannschaft gerechtfertigt und als richtigen Calcul ausgewiesen. Fraglich kann höchstens sein, ob der Aufstand in unserem und seinem eigenen Interesse nicht zu früh ausgebrochen ist, ob er uns zu anderer Zeit nicht noch bessere Dienste geleistet hätte. Die Unberechenbarkeit seines Ausgangs muß zur Zeit als günstiges Moment angesehen werden, denn daß sich die Resultate der bisherigen spanischen Erhebungen in der Regel vorausberechnen ließen, hing mit ihrer Schwäche ziemlich eng zusammen. Die Aufmerksamkeit der Pariser ist fürs

Erste an die Wechselfälle des spanischen Bürgerkrieges gebannt, die Regierung durch die Besorgniß vor einem Siege des Hauses Orleans oder der Bildung eines iberischen Einheitsstaats genugsam genirt — davon nicht zu reden, daß die in Aussicht genommene eventuelle Besetzung Roms durch spanische Truppen auch für den Fall eines Sieges der Königin Isabella unmöglich geworden ist. Der Zusammenhang zwischen einzelnen der spanischen und französischen Parteien macht die Sache für den Kaiser besonders bedenklich. Die bekannten Sympathien der Kaiserin Eugenie für „ihre Souveränin“ bringen außerdem eine Spaltung zwischen den bisher verbündeten Regierungsfractionen zumege. — Der spanische Aufstand selbst bietet im Augenblick noch das Bild eines unentwirrbaren Knäuels, dessen einzelne Fäden auch von dem Auge des Zunächststehenden nicht unterschieden werden können. Siegt die Revolution und sind die Tage der spanischen Bourbonen ebenso zu Ende wie die ihrer neapolitanischen und französischen Vettern, so scheint ein langjähriger innerer Krieg zwischen den siegreichen Parteien am wahrscheinlichsten; die Behauptung, daß der Herzog von Montpensier keine Neigung hege, der Nachfolger seiner unglücklichen Schwägerin zu werden, klingt nicht unwahrscheinlich und zu einem friedlichen Austrag durch das von den Aufständischen vorgeschlagene Suffrage universel dürften in Spanien alle Vorbedingungen fehlen. Vielleicht daß der Partei der iberischen Unitarier, welche gegenwärtig wenig zahlreich ist und im eigentlichen Volk keinen Boden hat, vorbehalten ist, im Augenblick der Ermattung der übrigen Fractionen siegreich hervorzutreten und die Früchte der Umwälzung im Interesse des Hauses Braganza zu pflücken. Das Einverständnis der Regierung des jungen Königs von Portugal mit den Führern der Iberier in Spanien war schon vor Jahr und Tag Gegenstand von Klagen in der clericalen Presse Frankreichs und Deutschlands. — Daß die Königin Isabella II. zu Gunsten ihres unmündigen Sohnes des Prinzen von Asturien resignirt, ist wohl selbst für den Fall wahrscheinlich, daß die Regierung die Oberhand gewinnen sollte; die Ausbreitung des Aufstandes über die verschiedensten Punkte der Monarchie, der feste Anhalt, den derselbe an der Flotte hat, das Einverständnis beinahe aller hervorragenden Politiker des Landes und aller unzufriedenen Parteien werden den General Concha auch im günstigsten Fall zu einem Compromiß dieser Art zwingen. Die Annahme desselben verliert freilich von Tag zu Tage an Chancen. Der veränderte Ton, in welchem die pariser Officiösen neuerdings von den Fortschritten des Aufstandes zu reden begonnen haben, beweist, daß es mit der Anfangs gezeigten Zuversichtlichkeit der Partei der Kaiserin zu Ende geht und daß die kaiserliche Regierung sich auf einen ihren Interessen ungünstigen Ausgang gefaßt macht.

Für Italien wird die spanische Revolution mindestens ebenso wichtig

sein wie für Frankreich. Das Papstthum verkert an der Tochter Christina's eine warme Freundin, der neapolitanische Erbkönig die einzige Verwandte, die noch über Land und Leute zu gebieten hatte, und die zuversichtliche Wiene, welche der italienische Legitimus während des letzten Sommers zu zeigen begann, wird sich unter den veränderten Verhältnissen der Gegenwart nicht mehr behaupten lassen. Für die Sache der italienischen Regierung ist damit freilich noch nicht viel gewonnen; de Moustier's entschiedene Erklärung, daß an eine Räumung Roms noch nicht zu denken sei, hat den General Menabrea um die Möglichkeit gebracht, den nach der Parlamentsauflösung nothwendig gewordenen Neuwahlen unter Vortritt auch nur eines wichtigeren Resultats entgegen zu gehen und die Dämpfer, welche den Unzufriedenen Neapels einerseits durch die spanische Revolution und andererseits durch das Scheitern der Katazzi'schen Pläne für ein süditalisches Gegenparlament aufgesetzt worden sind, bewirken höchstens, daß der Heerd der regierungsfeindlichen Partei aus Süd- nach Mittelitalien verlegt wird. In den Hofkreisen wird der erbitterte Kampf zwischen Lamarmora und Cialdini, den Anhängern Frankreichs und denen Preußens, noch immer fortgeführt, in Rom ist einer der Mitunterzeichner des zürcher Friedens, und eifriger Anhänger des dominium temporale, Herr v. Banneville, an Stelle des bisherigen französischen Gesandten Sartiges getreten, vielleicht um symbolisch anzuzeigen, daß die Gerüchte von neuen Angriffsplänen der Actionspartei gegen Rom die Entschlossenheit Frankreichs nur gesteigert, nicht herabgestimmt haben. Im Uebrigen herrscht im patriotisch-italienischen Lager die frühere Apathie und Niedergeschlagenheit. Aus eigener Kraft über die obwaltenden Schwierigkeiten hinwegzukommen, hat man längst aufgegeben — man lebt von der Hand in den Mund und hofft, die gegebenen Verhältnisse werden wenigstens bis zum nächsten Zusammenstoß in Mitteleuropa vorhalten und die Eventualität offen lassen, diesen zur Befreiung von der französischen Vormundschaft auszubeuten.

Die längere Zeit hindurch ziemlich weit verbreitete Annahme, Frankreich habe es auf einen Winterfeldzug gegen Deutschland abgesehen und dieser werde im italienischen Interesse benutzt werden können, hat durch die neuesten Vorgänge in Oestreich beträchtlich an Wahrscheinlichkeit verloren. Nothwendige Vorbedingung einer Verwirklichung von Plänen dieser Art ist die Zustimmung des wiener Cabinets, das sich mindestens anheischig machen müßte, Rußland zu beschäftigen. Die unaufhörlichen Schwankungen in der inneren Politik des Kaiserstaats schließen aber gegenwärtig jeden Gedanken an eine äußere Action desselben aus. All' die Schwierigkeiten, mit denen der Dualismus von Hause aus zu kämpfen hatte, sind in dem verwickelten Monat zusammengetroffen, um die Stellung des Ministeriums und

des Reichskanzlers zu erschüttern. Die strengen Maßnahmen, mit denen das Ministerium Giskra-Muersperg gegen die czechische Presse vorging, sind vergeblich geblieben und haben nur Del in das Feuer des böhmischen Nationalfanatismus geschüttet, der prager Provinziallandtag ist durch die Zurückhaltung der czechischen Partei zu einem Kumpfparlament geworden, das trotz seiner Beschlüsse für Umgestaltung der Belcredi'schen Gesetze und trotz des guten Willens, den die liberalen Deutsch-Böhmen im Uebrigen bewiesen haben, dem Ministerium keine erheblichen Dienste leisten kann. Zieht die Regierung das factische Verhältniß, nicht den demselben gegebenen formalen Ausdruck in Betracht, so hat es in Prag Fiasco gemacht. In den deutschen Kronländern, welche zu Gunsten der Verfassung eingetreten, erheben die renitenten Bischöfe das Haupt so trotzig, daß ihre Bändigung alle disponiblen Kräfte in Anspruch nimmt und nicht daran gedacht werden kann, einen Ueberschuß derselben gegen die andringenden slavischen Elemente ins Treffen zu führen. Während auf diese Weise in den Ländern, wo die Regierung am stärksten ist, freundliche und feindliche Einflüsse einander die Wage halten, erleidet das Ministerium Giskra-Muersperg an den exponirten Punkten Niederlage über Niederlage. Die schlimmste, weil unerwartetste und unverdienteste derselben ist der Regierung von der Thorheit der Polen Galiziens bereitet worden. Während Oestreich wegen des Schutzes und guten Willens, den es den Polen bewiesen, von Rußland ebenso angefeindet wird wie von der Mehrzahl der panslavistrenden Westslaven, während das Cabinet den Polen zu Liebe alle Sympathien unter den Treuen der Getreuen Habsburgs, den Ruthenen, eingebüßt hat, benutzen die Führer des leMBERGER Landtags die prekäre Lage der k. k. Hofburg, um mit Ansprüchen hervorzutreten, deren Verwirklichung mit der Aufhebung der cisleithanischen Reichsverfassung gleichbedeutend wäre. Wie empfindlich der Stoß ist, der dem liberalen Ministerium dadurch bereitet worden, sehen wir aus dem Rücktritt des Fürsten Muersperg, der trotz des Verzichts auf die galizische Kaiserreise aufrechterhalten worden ist und trotz aller kaiserlichen Versprechungen einen Niedergang der constitutionellen Einflüsse bedeutet.

Nicht minder unheilvoll haben die Mißerfolge des liberalen wiener Cabinets in Ungarn gewirkt. So scharf die Grenzlinie auch ist, welche die ungarische Opposition zwischen den Ministerien der beiden Reichshälften zieht — es hat nicht ausbleiben können, daß die Unfälle des einen die Stellung des andern Cabinets geschädigt und die Einflüsse der Linken gesteigert haben, trotzdem daß Graf Andrássy ein neues wichtiges Resultat, die Annahme seiner kroatischen Ausgleichsvorschläge durch den pesther Landtag aufzuweisen hat. Mögen die Leichtblütigen unter den Gliedern der ungarischen Opposition immerhin des Glaubens sein, Ungarns Sache könne durch den Sturz des gegenwärtigen Cabinets nur gewinnen, mögen sie wähen, die polnische Drohung, Galizien werde sich Ungarn anschließen, wenn es mit Oestreich nicht handelsförmig geworden, lasse sich im Interesse erhöhter Selbständigkeit der Stephanskrone ausbeuten — den deutschen Freunden der ungarischen Sache ist niemals zweifelhaft gewesen, daß der ungarische Einfluß auf die wiener Entschlüsse in demselben Maße abnimmt, in welchem er sich von seiner eigentlichen Aufgabe, Garant einer friedlichen auswärtigen Politik Oestreichs und — was gegenwärtig mit dieser identisch ist — einer liberalen inneren Politik zu sein — entfernt. Vergebens schauen die pesther Oppositionsmänner nach Osten aus, bald von einem Bündniß mit den Rumänen die Erweiterung der magharischen Machtphäre hoffend, bald mit den Serben verhandelnd (vgl. Ungarische Monatschrift, S. III., S. 85, 93 u. f. w.). —

Ungarn kann die Aufgabe, welche es bei dem Ausgleich von 1867 übernommen, nur durchführen, wenn es im Westen das Heil sucht und sich durch treue Unterstützung der deutsch-österreichischen Friedens- und Freiheitspolitik Anspruch darauf erwirbt, in seiner inneren politischen und wirthschaftlichen Arbeit unterstützt zu werden. Die Speculation auf Erweiterung der ungarischen Selbständigkeit durch eine Ministerveränderung, ist grundfalsch. Ein gerechten ungarischen Ansprüchen geneigteres cisleithanisches Ministerium, als das Cabinet Giskra-Auersperg, wird in Deutsch-Oestreich nicht zu finden sein — eine ungarische Regierung, die links von dem Andrassy'schen Programm Stellung nimmt, ist mit dem Fortbestande der österreichischen Monarchie nicht wohl vereinbar. Wenn ungarischerseits dennoch auf den Rücktritt des Reichskanzlers und der beiden Ministerien in Pesth und Wien speculirt wird, so muß das als Verstoß gegen die politische Logik angesehen werden.

Trotz der Wirren in Spanien und trotz der empfindlichen Schläge, welche der österreichische Liberalismus, dieser Haupthalter des Friedens in Mitteleuropa, erfahren hat, schließt der Monat September unter beruhigenden Auspicien. So furchtbar haben sich die auf der wiener Regierung lastenden Schwierigkeiten gehäuft, daß es fraglich erscheint, ob selbst die Feinde der neuen Verfassung im Fall eines Sieges sobald in der Lage wären, einen Krieg wollen zu können. — Die Fortdauer der Bandenbildung an der rumänisch-bulgarischen Grenze würde unter anderen Umständen und angesichts der türkischen Drohung mit dem Einschreiten großherrlicher Truppen für ein gefährliches Symptom gelten dürfen, nur haben gegenwärtig das in einer neuen Krisis begriffene Oestreich und Rußland, das allen Nachdruck auf Durchführung seiner Maßregeln zur Russificirung der katholischen Kirche in Polen und Litthauen zu legen begonnen, das gleiche Interesse daran, die Gelegenheit zu Conflicten an der unteren Donau hinwegzuräumen. Das Journal de St. Petersburg hat sich noch neulich direct dahin ausgesprochen, daß Rußland im Interesse seiner türkischen Glaubensgenossen eine Fortdauer der bulgarischen Wirren gegenwärtig nicht wünsche.

Fürs Erste wirken die beiden ehemals durch eine Tyrannei verbundenen Außenposten westeuropäischer Cultur — Spanien und Ungarn — jenes trotz seiner Unruhe, dieses vermöge seiner einsichtigen Ruhepolitik als einander äquierende Waagschalen.

Literatur.

„Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens.“ Von F. P. Eckermann. 3 Bände. Dritte Ausgabe. (Leipzig bei F. A. Brockhaus.)

Mit der Herausgabe einer neuen Auflage dieses Buches ist dem Bedürfniß eines großen Leserkreises entsprochen worden, der dasselbe zwar noch aus der Tradition kennt, aber nicht die Gelegenheit zu gründlicherer Vertiefung mehr gehabt hat. Als besonderer Vorzug ist anzusehen, daß nunmehr das gesammte Werk in einer Ausgabe zu haben ist, da die Verlagsfirma auch das Eigenthum des dritten Bandes erworben hat. Dieser dritte Band war elf Jahre nach den beiden ersten Bänden und zwar inmitten der Wirren des Revolutionsjahres 1848 zu Magdeburg